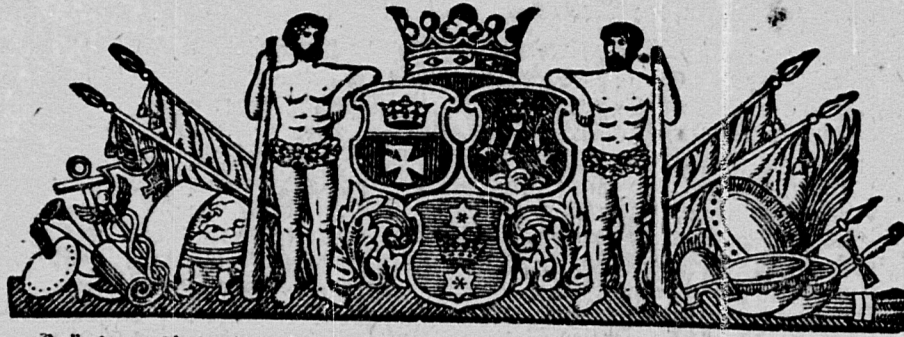


Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Die Königsberger Hartung'sche Zeitung erscheint täglich zweimal, wöchentlich zwölfmal. Bezugspreis: Für Königsberg vierteljährlich 5,25 M., frei Haus 5,70 M.; monatlich 1,75 M., frei Haus 1,90 M. — Bei der Post: Vierteljährlich 6 M., monatlich 2 M. (ohne Bestellgeld).

Feldpostbezug täglich unter Kreuzband: monatlich 2,50 M., vierteljährlich 7,50 M.

Fernsprecher: Schriftleitung 1011, Geschäftsstelle 36, Buchdruckerei 3307, Hauptschriftleitung und Verlag 5.



Gründungsjahr der Hartung'schen Druckerei (weiland Reihner) 1640.

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Münchenhofstraße 2 und bei allen Anzeigenvermittlungen hier und auswärts entgegen genommen. Preis für die einpaltige Kleinzeile oder deren Raum 40 Pfg. für Aufträge außerhalb Ostpreußens 50 Pfg. (Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeiger 30 Pfg.) Vorzugsanzeigen 1,50 M. Belegblätter und Einzelblätter 10 Pfg.

Postsch. e. Nummer: 141, Königsberg. Berliner Schriftleitung: Berlin, W. 57, An der Apostelstraße 7. (Eisow 6202/3.)

Der deutsche Verfassungsentwurf und Preußens Aufteilung. Von den Pariser Verhandlungen. — Volverbandspläne in Rußland. — Konstantinopel an Griechenland?

Die Kleinstaaterei.

Die Denkschrift zum deutschen Verfassungsentwurf ist ein seltsames Produkt. Voll von Widersprüchen und unlogischen Sprüngen erklärt sie zuerst: „Das neue Reich kann selbstverständlich kein Bund der Fürsten und einzelstaatlichen Regierungen sein; aber es kann ebensowenig aus einem Bunde der bisherigen Einzelstaaten in ihrer neuen Gestalt als Freistaaten hervorgehen. Nicht das Dasein dieser Einzelstaaten, weder in ihrer monarchischen noch in ihrer freistaatlichen Form, ist das Erste und Entscheidende für die politische Lebensform des deutschen Volkes; vielmehr das Dasein dieses deutschen Volkes selbst als eine geschichtlich gegebene politische Einheit. Es gibt so wenig eine preussische oder bayerische, wie eine lippische oder preussische Nation; es gibt nur eine deutsche Nation, die sich in der Deutschen demokratischen Republik ihre politische Lebensform gestalten soll.“

Man sollte nun meinen, eine solche Anschauung müßte mit Naturnotwendigkeit zum Einheitsstaat, zu einem einheitlichen deutschen Staats-, Verwaltungs- und Wirtschaftsgebiet führen, in dem für Sondergebilde nach dem Muster der früheren Bundesstaaten kein Raum mehr ist. Doch der Verfasser der Denkschrift kommt zu ganz anderen Schlüssen. Aus der Tatsache, daß es keine lipische, russische, bayerische und preussische, sondern nur eine deutsche Nation gibt, zieht er den Schluß, daß eine Abneigung gegen eine unbeschränkte Zentralisierung allen öffentlichen Lebens und gegen eine mechanische Leitung aller Verwaltung von einem einzigen Mittelpunkt aus in Deutschland besteht, und daß daher Deutschland in Kleinstaaten zerlegt werden muß. Da aber Preußen in seinem bisherigen Umfang kein Kleinstaat mehr ist, muß vor allen Dingen nun Preußen zerstückelt werden. Freilich die kleinsten Gebilde — bis auf Hamburg und Bremen, deren Namen im deutschen Außen- und Ueberseehandel einen guten Klang haben — sollen zusammengelegt werden. „Im übrigen aber,“ so heißt es dann weiter, „wird die natürliche Zusammenlegung von Kleinstaaten, wie namentlich der thüringischen, zu landschaftlich, kulturell und wirtschaftlich zusammenhängenden größeren Gemeinwesen gehemmt durch die territoriale Lage, die sie überall in Teile des preussischen Staatsgebietes einprengt. Das führt unmittelbar zu der Frage, die das Kernproblem der künftigen inneren Gestaltung Deutschlands bildet: der Frage nach dem Fortbestande eines preussischen Einheitsstaates innerhalb der künftigen Deutschen Republik. Die Entscheidung dieser Frage wird durch geschichtliche Erinnerungen und damit verknüpfte starke Gefühlsmomente sehr erschwert, nicht minder durch das feste administrative Gefüge dieses einzigen deutschen Großstaates, das durch die Revolution zwar gelockert, aber keineswegs gelöst ist. Der Fortbestand einer einheitlichen Republik von 40 000 000 Einwohnern innerhalb einer von ihr organisatorisch getrennten Republik von zusammen etwa 70 000 000 Einwohnern ist schlechthin eine staatsrechtliche, politische und wirtschaftliche Unmöglichkeit.“

Wie Recht führt die „Liberale Korrespondenz“ dazu aus: „Wir geben dem alten Uebel der früheren Kleinstaaten entgegen. Der einheitliche Charakter des Deutschen Reiches wird sicherlich nicht bestärkt, wenn, wie beabsichtigt ist, Preußen in eine Reihe von Republiken zerlegt wird. Preußen wird dadurch geschwächt und das Reich nicht gestärkt. In der Denkschrift zu dem Entwurf der neuen Verfassung wird die angebliche Notwendigkeit, Preußen zu zerlegen, begründet mit der Notwendigkeit, die Vormachtstellung Preußens im Reich zu beseitigen. In dieser Denkschrift heißt es wörtlich: „Ein Einzelstaat, der vier siebentel des gesamten Reichs umfaßt, ist nur als Hegemoniestaat möglich. Ist die preussische Hegemonie in Deutschland unmöglich geworden, so ist damit auch ein einheitliches Preußen in Deutschland unmöglich geworden.“ Sonst würde ein ständiger Kampf zwischen dem Reiche und Preußen geschaffen werden, „der zur völligen Lähmung des Reichs oder zur Wiederherstellung der preussischen Hegemonie und damit auch wohl der anderen Institutionen führen müßte, die deren Voraussetzung bildeten.“ Hoffentlich bleibt das Reich erhalten, wenn Preußen in acht Republiken zerfällt.“

Wir verpflichten diesen Ausführungen vollinhaltlich bei. Eine Zerlegung Preußens in einzelstaatliche Gebilde würde nur die Reibungsflächen vermehren und so die Lastenungsabsichten, die bei unseren Feinden, und da und dort auch in einzelnen Reichsteilen, sich verhillt und unberührt zeigen, nur fördern. Ganz selbstmütig es an, daß die Denkschrift erklärt, die Aufrechterhaltung des preussischen Gesamtstaates die Möglichkeit aus der schwerste, Berlin als Reichshauptstadt zu erhalten. Um die Einheit des Reiches zu erhalten, der Bewegung „Los von Berlin“ entgegenzutreten zu können, müsse Berlin als reichsunmittelbare Stadt direkt dem Reiche unterstellt werden. Das Gleiche wünscht der Verfasser der Denkschrift auch für Wien. Er meint, die Angliederung Deutsch-Oesterreichs an das Deutsche

Reich „ist die einzige Morgengabe, die die junge Republik dem so furchtbar geschlagenen und tief herabgedrückten deutschen Volke bringen kann. Zugleich ergibt sich hier die Möglichkeit, der ehemaligen Reichshauptstadt Wien eine analoge reichsunmittelbare Stellung zu schaffen, wie sie bei Berlin angedeutet wurde, und dadurch den Uebergang wesentlich zu erleichtern.“

Das wäre ein Rückfall in das tiefste Mittelalter, in die Zeit der reichsunmittelbaren Städte, Flecken und Herrschaften, und die ganze Kleinstaaterei würde sicherlich nicht dazu dienen, die politische und wirtschaftliche Kraft des Deutschen Reiches zu erhöhen. Ueber eine zweckmäßigere Abgrenzung einzelner Verwaltungsbezirke läßt sich wohl reden, die kann jedoch erfolgen, ohne durch neue staatliche Gebilde den Partikularismus noch zu stärken.

Wer gegen die Zerlegung des Reiches in lebensunfähige Kleinstaatgebilde ist, muß daher bei der Wahl zur preussischen Nationalversammlung am 26. Januar durch Abgabe seiner Stimme der Partei zum Siege verhelfen, die für die Einheit und Geschlossenheit des Deutschen Reiches eintritt. Das ist die Deutsche demokratische Partei.

M. Berlin, 23. Januar. Mit dem Entwurf der Verfassung wird sich das preussische Staatsministerium in einer Sitzung am Freitag beschäftigen. Allen Anschein nach werden die Vertreter Preußens auf der Konferenz der Kleinstaaten, die am Sonnabend im Reichsamt des Innern stattfinden soll, die Grundlage des Entwurfs der Reichsverfassung, die in eine Zerstückelung Preußens hinausläuft, auf das entschiedenste bekämpfen und diesen Standpunkt auch in der Nationalversammlung wahren.

Das Wahlergebnis.

M. Berlin, 23. Januar. Mit dem Wahlergebnisse aus der Pfalz liegen nunmehr die Ergebnisse aus sämtlichen 37 Wahlkreisen vor, in denen überhaupt gewählt wurde. Die Wahlfunktionen weisen verschiedene Unklarheiten auf; immerhin steht fest, daß eine sozialdemokratische Mehrheit auch dann unmöglich ist, wenn man die vier bayerischen Bauernverbände zur Sozialdemokratie hinzurechnet.

M. München, 23. Januar. Nach der vorläufigen Berechnung werden von den 45 Sitzen Bayerns für die heutige Nationalversammlung erhalten:

Bayerische Volkspartei (Zentrum)	18
Sozialdemokratische Partei	16
Deutsche Volkspartei	5
(Deutsche demokratische Partei)	5
Bayerischer Bauernbund	4
Nationalliberale und Mittelpartei	2
Unabhängige sozialdemokratische Partei	0
zusammen 45	

17. Wahlkreis (Münster - Minden - Schaumburg - Lippe): Unabhängige 20 802, Zentrum 405 871, Mehrheitssozialisten 290 831, Deutschnationale 81 389, Demokraten 94 186, Volkspartei 62 788, Christlich-sozial 630. Es entfallen auf die verbundenen Listen: Zentrum, Deutschnationale Volkspartei und Deutsche Volkspartei 8 Abgeordnete (davon auf Zentrum 6), die Sozialdemokraten 4 und die Deutsche demokratische Partei ein Kandidat.

26. Wahlkreis (Ober-, Mittel- und Unterfranken mit Ausnahme der Bezirksämter Hof und Kulmbach): Mehrheitssozialisten 408 756 (sechs Sitze), Deutsche Volkspartei 260 128 (drei Sitze), Unabhängige 63 678 (0 Sitze), Bayerische Volkspartei 309 931 (fünf Sitze), Nationalliberale und Mittelpartei 100 142 (einen Sitz).

Von den Waffenstillstandsverhandlungen

M. Berlin, 23. Januar. Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Das französische Oberkommando hat im Betrieb der Eisenbahnen des besetzten deutschen Gebietes vom 20. Januar ab die Einführung des zehntägigen Arbeitsstags anstelle des bestehenden Achtstundentages befohlen. Gegen diese dem Waffenstillstand zuwiderlaufende Maßregel hat die deutsche Waffenstillstandskommission in Spa am 22. Januar eine Protestnote überreicht.

Aus der Sitzung der Waffenstillstandskommission in Spa vom 21. Januar ist mitzuteilen: Der Vorsitzende der französischen Kommission gibt bekannt, die Entente beabsichtige, täglich 3000 Tonnen Lebensmittel über Danzig nach Polen zu senden. Sie wünsche von der deutschen Regierung eine Garantie für die Transporte von Danzig bis zur polnischen Grenze. Der deutsche Vorsitzende hält die Transporte ohne Einwirkung der Alliierten auf die Polen für unübersehbar, da bei dem bekannten Verhalten der Polen nicht zu übersehen sei, wie die deutsche Regierung die Lebensmittelfuhrern sichern soll.

Die Ausfuhr der Fetterzeugnisse vom linksrheinischen nach dem rechtsrheinischen Gebiet ist, wie die französische Kommission mitteilt, auf deutsches Ersuchen hin genehmigt worden.

Hilfe für Rußland?

M. Paris, 23. Januar. („Globe“.) Amtlicher Bericht. Der Präsident der Vereinigten Staaten, die Premierminister und Minister des Auswärtigen der alliierten Großmächte und assoziierten Staaten, sowie auch Makino und Matsui als Delegierte der japanischen Regierung, hielten gestern von 3 bis 5,30 Uhr nachmittags eine Sitzung ab. Sie berieten über die Vorschläge Wilsons, in denen es heißt:

Die Meinungen, die die Vertreter der assoziierten Mächte hinsichtlich der Aktionen, die wegen Rußland zu unternehmen wären, bis jetzt in der Diskussion zur Sprache brachten, gingen dahin, daß man Rußland nicht neue Hindernisse in den Weg legen und sich in keiner Weise einmischen dürfe in das Recht, seine Angelegenheiten auf seine Weise zu ordnen. Die assoziierten Mächte haben sich zu gemeinsamem Wirken verpflichtet und um ihrer eigenen Verantwortlichkeit willen arbeiten sie an der Wiederherstellung des Friedens in Europa. Von der Zustimmung ihrer Völker getragen, haben sie sich zur Aufgabe gemacht, daß die Welt von neuem in Frieden leben kann. In dieser Stunde ist das einzig bei Rußland nicht der Fall. Darum betrachten sie es als ihre Aufgabe, Rußland in dieser Angelegenheit von höchster Tragweite mit Großmut und liebevoller Sorgfalt und weitherzigem Wohlwollen entgegenzukommen. Sie sind bereit, dem russischen Volk in einer Weise zu helfen, die ihm am dienlichsten ist. Von diesem Geiste getragen, faßten sie folgenden Beschluß: Sie laden jede organisierte Gruppe, die gegenwärtig eine politische Macht oder eine militärische Kontrolle ausübt oder ausüben versucht, sei es in Sibirien oder innerhalb des Gebietes von Europa, Rußland, wie es vor dem Kriege bestand, ausgenommen Polen und Finnland, ein, eine Vertretung, deren Zahl bei jeder Gruppe drei nicht übersteigen darf, auf die Prince-Insel im Marmarameer zu entsenden.

Griechenland und Konstantinopel.

M. Paris, 23. Januar. („Globe“.) Die griechische Delegation auf der Friedenskonferenz wird dem Generalsekretär der Konferenz ein Memorandum zustellen, das die besonderen Forderungen Griechenlands enthält, die territoriale Natur sind und Korinth, Thrazien, Kleinasien, Konstantinopel und die Inseln des östlichen Mittelmeeres betreffen. Das Memorandum trägt die Unterschrift Venizelos. Es wurde ebenfalls von der Delegation den auf der Friedenskonferenz vertretenen Mächten zugestellt.

Französische Umtriebe im Saargebiet.

M. Berlin, 23. Januar. (Privattelegramm.) Daß die Franzosen kein Mittel sehen, um eine Rechtsgrundlage zu schaffen für den Anschluß der rein deutschen Saargebiete an Elbe-Lothringen und damit, wie die Franzosen hoffen, an Frankreich, beweist nachfolgender Vorgang: In Saarbrücken wurden am Tage vor der Wahl zur deutschen Nationalversammlung von unläuterer Elementen der Zivilbevölkerung, teils aber auch offen von den Angehörigen der französischen Delegation, Flugblätter folgenden Inhalts verbreitet: „Bürger von Saarbrücken! Werft das preussische Joch ab, das Ihr hundert Jahre lang getragen habt! Weist Brüder der Lothringer! Schließt Euch an Frankreich an, das Eure Interessen wahrnehmen wird! Zeigt dies morgen bei der Wahl, indem Ihr Euch der Zustimmung enthaltet oder weise Jettel abgibt. — Die politischen Parteien in Saarbrücken veröffentlichen sofort Gegenkundgebungen. Es haben sich zwar wenige Deutsche an diesem Landeserrat beteiligt, irgendwelche Erfolge der französischen Machenschaften sind kaum zu erwarten, aber es ist doch höchst bedauerlich, daß es überhaupt deutsche Bürger gibt, die sich zum Werkzeug unserer Gegner hergeben und ihren Brüdern in den Rücken fallen, ihren Brüdern, die den deutschen Boden vier Jahre lang unter Auspöferung ihres Lebens geschützt und damit auch Haut und Gut der Väter vor den Gefahren des Krieges bewahrt haben. Das deutsche Volk wird die Erloosen nicht verzeihen und sich ihrer erinnern, wenn der Friede in unser Land wieder eingeht und die Ketten, in denen unser Volk jetzt schmachtet, gefallen sind.“

Kleine Meldungen.

B. D. Berlin, 22. Januar. Da sich der frühere Polizeipräsident Eichhorn noch in Berlin befinden soll, ist, wie der „L. A.“ zu melden weiß, das Haus, in dem sich Eichhorn aufhalten soll, gestern umstellt worden, so daß seine Verhaftung bevorzustehen soll.

Berlin, 23. Januar. Beim Messeamt für die Muttermesse in Leipzig geht man, laut „Voll. Ztg.“ mit der Absicht um, die diesjährige Frühjahrsmesse, die vom 2. bis 8. März angelegt war, bis Ende April zu verschieben.

Berlin, 23. Januar. Die Versteigerung Bremens beschloß die gesamte berufliche Tätigkeit sofort einzustellen, sobald durch politische Streiks der Verkehr in Bremen, sowie die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln uhm. in gefährlicher Weise unterbrochen wird. Die Apotheker haben einstimmig den Beschluß gefaßt, im Fall eines Streiks der Ärzte die Apotheken für jeden Verkehr zu schließen.

M. Bosen, 22. Januar. Durch eine Verfügung des obersten polnischen Volksrates werden sämtliche den Jahrgängen 1897, 1898 und 1899 angehörenden Polen angeordnet, sich zum aktiven Militär zu stellen.

M. Amsterdam, 22. Januar. Den Blättern wird aus Amsterdamer berichtet, dort sei nichts davon bekannt, daß die deutsche Kaiserin den Wunsch geäußert habe, nach Deutschland zurückzukehren.

Uebermorgen: Preußen-Wahl: Die deutsch-demokratische Liste beginnt: Kanzow, Laser, Grabowski!